

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik  
Beschlussdatum: 04.01.2025

## **Änderungsantrag zu WP-01-K2**

### **Von Zeile 351 bis 354:**

Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster Politik. Zugleich gilt: Um verlässliche Erkenntnisse liefern zu können, müssen Wissenschaftler\*innen vor Vereinnahmung durch politische und es ist zugleich Aufgabe der Politik, gesellschaftliche Akteure für deren Eigeninteressen geschützt sein. Wir stellen uns daher schützend vor die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit. Unter anderem bedeutet dies, dass Entscheidungen über Forschungsförderung ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien und nicht politischem Kalkül folgen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder wie etwa der Klima- oder Geschlechterforschung stellen wir uns entschieden entgegen, stärken

## **Begründung**

Die Fördermittellaffäre im FDP-geführten BMBF zeigt deutlich, dass die Wissenschaftsfreiheit auch bei uns angegriffen wird. Angesichts der Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit für die Stabilität unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaft und der in letzter Zeit zunehmenden Angriffe auf dieselbige wird bisher zu oberflächlich und floskelhaft auf das Thema eingegangen. Dass Wissenschaftsfreiheit Unabhängigkeit von politischen Akteuren (und damit auch von uns) bedeutet, muss eindeutig benannt werden. Entsprechend ist im Bereich der Wissenschaftspolitik - neben der Finanzierung, den Arbeitsbedingungen und den studentischen Lebensbedingungen - die Wissenschaftsfreiheit das zentrale Wahlkampfthema und muss prominent, möglichst mit einem eigenen Absatz, im Programm stehen. Hier wird entsprechend die Verknüpfung zur Fördermittellaffäre hergestellt.